



Landrettung mit Marcus Bühl

• März 2019 • Ausgabe 3 •

Liebe Thüringer,

Superwahljahr 2019, wichtige Kommunalwahlen in Thüringen, das heißt für uns, weitere Verwurzelung an der Basis, Service in AfD-gewohnter Klarheit für die Bürger vor Ort.

Gleichzeitig die EU-Wahl, Flagge zeigen in einer Institution, die wir bekanntermaßen äußerst kritisch sehen.

Und dann im Herbst der große Paukenschlag in Brandenburg, Sachsen und Thüringen: es geht um nicht weniger als die stärkste oder zweitstärkste Kraft zu werden - die Sachsen und Brandenburger werden zuvor Maßstäbe setzen.

Im Vergleich zu 2014 haben sich laut aktuellen Umfragen unsere Umfragewerte deutlich mehr als verdoppelt, und es sind eine ganze Reihe von Direktmandaten erreichbar, darunter auch in unserem Kreisgebiet Ilmkreis – Gotha.

Parteiintern wachsen wir immer weiter, Anfang Januar konnte das/der bundesweit 35.000ste Mitglied bzw. Förderer begrüßt werden. Und auch in unserem Kreisverband, und das freut mich als Kreissprecher natürlich

besonders, hieß es in den vergangenen 12 Monaten viele neue Mitstreiter willkommen zu heißen. Alleine im Januar konnten wir 10 neue Mitglieder bzw. Förderer begrüßen. Mit den meisten habe ich übrigens selbst das Aufnahmegespräch geführt.

Bei den Beratungen zum Bundeshaushalt 2019 lag der Schwerpunkt unserer Anträge in den Bereichen Stärkung der inneren Sicherheit und dem Grenzschutz, sowie Stärkung des Ehrenamts. Die Vorstellungen der Regierung bei Migration und Integration bleiben hochproblematisch. Mehr dazu lesen Sie im Leitartikel auf Seite 2.

Integrationsleistungen auf dem Prüfstand: Hier herrscht dringender Reformbedarf, was Umfang, Erfolgsquote der Abschlüsse sowie Anfälligkeit für Teilnahmebetrug angeht. Die Dänen zeigen, wie es anders geht. Mehr dazu auf Seite 3.

Und wie immer war ich viel in Thüringen unterwegs, Bürgertische, Infostände, und kurz vor Weihnachten ging es noch einmal mit meinen Eisenacher Gästen für 3 Tage nach Berlin. Viel Spaß bei der Lektüre!

Herzlichst, Ihr Marcus Bühl



Die Regierung tut nicht genug für die Innere Sicherheit unseres Landes und verschwendet Steuergeld bei Integrationskursen - Seite 2

u.a. in dieser Ausgabe

Integrationsleistungen auf dem Prüfstand	Seite	3
Berichte und Bilder aus dem Wahlkreis	Seite	4-6
Ablehnung ausufernder Förderung von als Kulturschaffende getarnte Linksextremisten Bundestagsrede zur Inneren Sicherheit	Seite	6-7
Migrationspakt stoppen: Informationen & Maßnahmen	Seite	8
Weitere Berichte, Sudoku-Rätsel	Seite	9-18

Die Regierung tut nicht genug für die Innere Sicherheit unseres Landes

Der Haushaltsentwurf umfasst im Jahr 2019 Ausgaben in Höhe von fast 16 Milliarden Euro. Den Schwerpunkt der Änderungsanträge legte ich auf die innere Sicherheit, den Grenzschutz, Migration und Integration sowie die Stärkung des Ehrenamts.

Durch die unveränderte Bedrohungslage sind die Anforderungen an die Sicherheitskräfte erheblich gestiegen.

Daher wollen wir mehr Mittel für das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei sowie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich zur Verfügung stellen. Umfangreichere Aufgaben erfordern einen größeren Personalstock. Veraltete IT-Technik in den Sicherheitsbehörden muss erneuert, Inkompatibilitäten in der IT für ein effizientes Arbeiten beseitigt werden.

Unsere Bundespolizisten müssen zeitgemäß ausgestattet werden. Wir wollen beispielsweise spezielle Westen zum Schutz gegen Sturmgewehrbeschuss, Bodycams und neueste Nachtsichtgeräte anschaffen, um den anspruchsvollen Einsätzen unserer Bundespolizei beim nationalen Grenzschutz, bei Frontex und im Ausland Rechnung zu tragen. Bei den Sicherheitsbehörden werden auch in 2019 neue Kräfte eingestellt. Diese müssen erst die dreijährige Polizeiausbildung durchlaufen. Insofern bleibt die Personalsituation im Verhältnis zum altersbedingten Ausscheiden besonders bei der Bundespolizei angespannt. Die Überstundenbelastung ist hoch. Es kommt durch die Personalsituation zu temporären Schließungen von Polizeirevieren, weniger Präsenzstreifen zur Prävention und Beschränkung der Fortbildung auf das absolut Notwendige.

Das Sparen bei den Sicherheitsbehörden von 2005 bis 2015 spiegelt sich jetzt bei Personalstärke und Ausrüstung wider.

In die Haushaltsberatung brachte ich den Vorschlag ein, 500 Verwaltungsbeamte anderer Geschäftsbereiche in die Bundespolizei zeitweise abzuordnen, um Polizeivollzugsbeamte von administrativen Aufgaben zu entlasten und diese wieder für polizeiliche Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

Seehofer sprach von „auskömmlich“

Es stimmt mich sehr bedenklich, wenn Bundesinnenminister Horst Seehofer in den Haushaltsberatungen davon sprach, dass die Ausstattung der Bundespolizei auskömmlich sei. Das sehe ich ein wenig anders. Die Ausgaben für 2019 steigen um weitere 800 Millionen Euro. Durchaus ein sehr hoher Aufwuchs. Aber die Prioritäten bei den Haushaltsausgaben wurden nicht richtig gesetzt. Das heißt für mich, unsere Sicherheitskräfte im Polizeibereich schon heute zu entlasten und nicht erst mittelfristig.

Ging die Kriminalstatistik 2017 noch von sinkenden Straftaten aus, zeichnet sich für 2018 ein anderes Bild ab. Die Einführung der neuen modularen Schutzweste geht zu langsam voran.

Es besteht Mehrbedarf bei der Anschaffung von Einsatzschutzhelmen, Atemschutzmasken, leichtem Körperschutz sowie Einsatzmitteln für die BFE+ Kräfte. Insgesamt Mehrkosten von 26 Millionen Euro.

Es bleibt mir unverständlich, wie es sein kann, in einem fast 16 Milliarden Euro umfassenden Haushalt, den körperlichen Schutz unserer Beamten und ihre technische Ausstattung nicht stärker zu gewichten. Außerdem ist es nicht auskömmlich, wenn der neu eingeführte Digitalfunk innerhalb von Gebäuden ausfällt oder gar nicht funktioniert. Auch das gefährdet die Sicherheit unserer Polizisten.

Sehr nachdrücklich habe ich mich für den Erhalt des Programmes „Stark für Dich. Stark für Deutschland.“ eingesetzt. Die Kampagne hat das Ziel zunehmenden Übergriffen auf uniformierte Polizei- und Rettungskräfte entgegenzuwirken. Aus unserer Sicht muss Gewalt gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte konsequent und mit allen Mitteln des Rechtsstaates begegnet werden.

Für ihre schwierige und herausfordernde Arbeit danke ich an dieser Stelle allen Sicherheitskräften für ihre tägliche Arbeit.

Konkret forderten wir für 2019 94 Mio. Euro mehr für Investitionen in die Innere Sicherheit: 5 Mio. Euro mehr für Ausrüstung und Gerät bei der Bundespolizei und BKA, 65 Mio. Euro mehr zur Anschaffung von zwei Löschflugzeugen, 4 Mio. mehr für Feuerwehren und Katastrophenschutz und 20 Mio. Euro mehr für Ausrüstung und Gerät bei den Bereitschaftspolizeien der Länder.

Außerdem traten wir dafür ein, die Kostenexplosion bei Integrationsmaßnahmen zu senken: dies umfasst Streichungen bei Sprach- und Integrationskursen um 600 Mio. Euro, bei Erstorientierungskursen für Asylbewerber mit unklarer Bleibeperspektive um 36 Mio. Euro, bei der Migrationsberatung für erwachsene Asylbewerber um 45 Mio. Euro. Weiterhin beantragten wir die Mittel zur Förderung der freiwilligen Ausreise um 66 Mio. Euro abzusenden (falscher Ansatz). Die Mittel zur Durchführung der Islamkonferenz sollten gestrichen werden, bis verfassungstreue Verhandlungsparteien am Tisch sitzen. Im Rahmen der Sportförderung beantragten wir eine Erhöhung der Mittel um 20 Mio. Euro sowie 20 Mio. Euro für Investitionen in Sportanlagen.

Es liegt noch viel Arbeit vor uns, um die Innere Sicherheit unseres Landes zu erhöhen und für eine starke und gut ausgerüstete Polizei zu sorgen.

Bundshaushalt— Integrationsleistungen auf dem Prüfstand

Ein großer Anteil im Bundshaushalt umfasst das Dauerthema Integration und Migration. Wie wir das schaffen, schlägt sich vor allem in den Zahlen nieder. 2018 wurden im Vergleich zum Vorjahr dafür 232 Millionen Euro mehr aufgewendet. Nun heißt mehr nicht unbedingt Mehrwert.

In Anbetracht der hohen Kosten besteht bei den Integrationskursen dringender Reformbedarf, was Umfang, Erfolgsquote der Abschlüsse sowie Anfälligkeit für Teilnahmebetrug angeht. Bis zum 31. Juli 2018 wurden lediglich rd. 46% der Kursträger kontrolliert, die Kontrolldichte im Integrationskurssystem muss also weiter erhöht werden.

Bei diesen Kursen fließt nur dann Geld an die Bildungsträger, wenn die Teilnehmer anwesend sind und dies mit ihrer Unterschrift dokumentiert haben. Es bedarf keinen Hellseher, um zu erkennen, dass dieses Konstrukt zum Betrug einlädt.

Zum Beispiel Unterschriften nachträglich zu leisten oder zu Beginn und dann nicht am Unterricht teilzunehmen. Beim kritischen Hinterfragen offenbarte sich, dass den Haushältern der AfD hier zuerst wichtige Fakten vorenthalten wurden.

Im Rahmen von Vor-Ort-Kontrollen wurden im Jahr 2016 insgesamt 1.479 Beanstandungen, im Jahr 2017 insgesamt 1.722 Beanstandungen und im Zeitraum Januar bis Juli 2018 insgesamt 2.118 Beanstandungen ausgesprochen.

Dabei wurden insbesondere Verstöße festgestellt, wie fehlerhafte Angaben zu Träger, Kurs, Modul etc. in Unterschriftenlisten (in 45 Kursen); keine Übereinstimmung zwischen Anzahl der Unterschriften und Teilnehmern (in 53 Kursen); tägliche Unterschrift der Lehrkraft fehlt (in 49 Kursen); 24 Verstöße wegen nicht vorhandener Unterschriftenliste sowie in 110 Kursen das Unterschriftsfeld bei Nichterscheinen nicht gestrichen.

Die Teilnahmequote im Integrationskurs insgesamt ist in den letzten

Jahren leicht gestiegen von 80,2% im Jahr 2015 über 81,4% im Jahr 2017 bis auf rd. 85% im Jahr 2018 (Stand: Mai 2018).

Bei der Betrachtung der Fehlzeiten für 2018 im Hinblick auf den Status fällt auf, dass die Teilnehmer, die vom BAMF zugelassen worden sind, die höchsten Fehlzeiten aufweisen. Gefolgt wird diese Gruppe von den durch die Ausländerbehörden Verpflichteten und den von den Trägern der Grundsicherung Verpflichteten.

Auch die düsteren Ergebnisse der Tests und Abschlussprüfungen belegen diese Missstände. Aber den eigentlichen finanziellen Schaden erleiden unsere Steuerzahler, die die 765 Millionen Euro hart erwirtschaftet haben.

Die Kultur in diesem Bereich muss sich ändern, dass alle Bildungsträger ihre Teilnehmerzahlen ehrlich abrechnen. Das BAMF ist hier aufgefordert, diese wissentliche Verschwendung von Steuergeld durch wirksame Kontrolle und Sanktionen zu bekämpfen.

Während wir Unsummen für gescheiterte Integration blechen:

Einmal mehr geht Dänemark voran, indem man von Regierungsseite realistisch und kritisch an das Thema Integration herangeht und die eigene Aufnahmefähigkeit beleuchtet.

Dänemark zeigt, wie verantwortungsbewusste Flüchtlingspolitik aussehen muss

Berlin, 4. Oktober 2018. Die dänische Regierung hat angekündigt, dass das Land in diesem Jahr keine sogenannten Kontingentflüchtlinge aus Krisenregionen aufnehmen wird. Zur Begründung teilte die zuständige Ausländer- und Integrationsministerin Inger Støjberg mit, Dänemark kämpfe damit „die vielen Flüchtlinge, die in den letzten Jahren nach Dänemark gekommen sind, zu integrieren“.

Dazu teilt die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel, mit:

„Dänemark macht vor, wie eine verantwortungsbewusste Flüchtlingspolitik aussehen muss: Sie richtet sich nach der Leistungsfähigkeit des Aufnahmelandes und funktioniert nicht nach dem unverantwortlichen Merkel-Motto: ‚Nun sind sie halt da‘.

Wir können einer großen Zahl von Menschen nur Schutz auf Zeit gewähren, wenn dadurch nicht die Sicherheit und der Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet wird. Denn eine Regierung ist immer erst den eigenen Bürgern verpflichtet und nicht den Bürgern fremder Staaten.

Die Bundesregierung sollte daher dringend dem Vorbild unseres nördlichen Nachbarn folgen und endlich eine ehr-

liche Bestandsaufnahme der Aufnahmefähigkeit Deutschlands vorlegen. Dann würde sehr schnell deutlich, dass Deutschland momentan nicht in der Lage ist, die Folgen der unkontrollierten Masseneinwanderung weiterhin zu bewältigen.

Und eine Entspannung ist nicht in Sicht: Solange es den Behörden nicht einmal gelingt, alle abgelehnten Asylbewerber zeitnah wieder zurückzuführen, wird sich die Lage angesichts der weiterhin ungesicherten Grenzen weiter verschärfen.

Deutschland muss daher wie Dänemark ein klares Zeichen in die Welt senden, dass die Grenzen seiner Aufnahmefähigkeit erreicht sind. Zudem muss die Bundesregierung alles dafür tun, um den Zuzug von weiteren Flüchtlingen endlich deutlich zu begrenzen.“ - Quelle: AfD-Bundestagsfraktion

Bürgertisch in Bad Tennstedt

Weit über 50 Gäste haben den Weg in das Hotel „Zum Anker“ gefunden, um mit meinem Landesgruppenkollegen Jürgen Pohl und mir über die aktuelle politische Lage zu diskutieren.

Zu Beginn gab es den obligatorischen Überblick über die Mitglieder der Landesgruppe und deren Arbeit in den Ausschüssen. Im Anschluss gab ich einen etwas tieferen Einblick in meine Arbeit als Haushaltspolitiker.

Ich verschaffe mir hinter den Zahlen der Haushaltspolitik einen Eindruck in



der Praxis. Vor einigen Tagen konnte ich beispielsweise den Arbeitsalltag der Bundespolizei auf dem Berliner Ostbahnhof in Augenschein nehmen.

In deutlichen Zahlen und eindrucklichen Bildern zeichnete Jürgen Pohl ein eindeutiges Bild über

am 20. September 2018

die Entwicklung der Kriminalität und des Terrorismus im Zuge der illegalen „Zuwanderung“ der letzten Jahre.

In der anschließenden, einstündigen Diskussion tauschten sich unsere Bürgertischgäste mit uns über Themen wie Kindergarten, Schule, Islam oder die Berichterstattung zu Chemnitz aus.

Wir danken dem Wirt vom Anker für seine Gastfreundschaft und das angenehme Ambiente!

Für den 29.09.2018 gab es eine landesweite Einladung zum Oktoberfest des AfD Kreisverbandes Südthüringen.

Und so ging es dann am Samstag, den 29.09.2018, gegen 17 Uhr zum Hotel „Ringberg“ nach Suhl. Ca. 200 Mitglieder und AfD-Begeisterte fanden den Weg auf den Berg.

Unter dem Motto: „Wer feste arbeitet, kann auch Feste feiern!“ stimmten wir uns bei tollen Festreden, unter anderem von unserem Landessprecher Björn Höcke und meines nieder-

Oktoberfest in Suhl



bayerischen Bundestagskollegen Stephan Protschka, mit zünftiger Musik, Thüringer Bier und einem

reichhaltigen Oktoberfest-Büfett auf die kommende Kommunal-, Landtags- und Europawahl-Saison ein.

Das Wiedersehen vieler Parteifreunde brachte gute Gespräche, Fragen, Ideen und Vorschläge zu den bevorstehenden Wahlen, und so ging dieser schöne Abend viel zu schnell zu Ende.

Vielen Dank an die Organisatoren und wir hoffen, dass wir uns dieses Jahr wieder so zusammen finden.

Besuch bei der Autoreparatur & Lackierung, Gebr. Westerhoff GbR in Ichtershausen

Am Freitag, den 5. Oktober 2018, besuchte ich die Handwerksfirma der Gebrüder Westerhoff in Ichtershausen. In zweiter Generation führen die vier Brüder den Betrieb ihres Vaters erfolgreich weiter. Als Meister ihres Fachs stehen sie den Kraftfahrern mit Rat und vor allem Tat zur Seite. Von der alltäglichen Servicewartung über die Unfallinstandsetzung bis hin zur Lackierung, alles bekommt man hier im KFZ-Meisterbetrieb Westerhoff aus einer gemeinsamen Hand.

Die Ichtershäuser Unternehmer bewe-

gen bundespolitische Themen ebenso wie die kommunalen Belange. Die örtliche Infrastruktur lässt aus Sicht der Unternehmer stark zu wünschen übrig. Die Umstellung des Internet- und Telefonanschlusses in der Firma auf einen moderneren Standard verlief beispielsweise derart problematisch, dass eine



Nutzung über mehrere Wochen nicht möglich war und ein Nutzungsausfall in Höhe von mehreren tausend Euro entstand. Sorgen bereiten den vier Handwerkern außerdem die hohen Energiekosten und hohe bürokratische Hürden beim Einbau einer Heizung in der Arbeitshalle.

Von einer verpfuschten ‚Energie-wende‘ und explodierenden Energiekosten oder lediglich großen Tönen bei der Digitalisierung, aber einer grotten-schlechten Umsetzung in der Praxis, sind sie direkt beeinträchtigt. Hinzu kommen immer neue Bürokratiemonster aus Brüssel und Berlin.

Dagegen setzen wir uns als AfD-Fraktion ein.



Drei erfolgreiche Wochenenden liegen hinter uns— die Wahl der Landesliste zur Landtagswahl 2019, am 13. und 14. Oktober in Arnstadt und am 27. und 28. Oktober in Pfiffelbach (Weimarer Land).

Geduld und Durchhaltevermögen bewiesen unsere Mitglieder, als es nur eine Woche später am 3. und 4. November um die Wahl eines neuen Landesvorstandes in Pfiffelbach ging.

Mit der Wahl der Landesliste und des neuen Landesvorstandes sind wir für

Wahl der Landesliste

Olaf Kießling	Platz 09
Sebastian Thieler	Platz 16
Dr. Jens Dietrich	Platz 23
Birger Gröning	Platz 26

das Wahljahr 2019 sehr gut aufgestellt. Die künftigen Mandatsträger der AfD im Thüringer Landtag können schon im Kommunal- und Europawahlkampf ihr Engagement für einen Politikwechsel zum Wohle der Thüringer Bevölkerung zeigen.

Aus unserem Kreisverband Ilmkreis-Gotha wurden Olaf Kießling, Sebastian Thieler, Dr. Jens Dietrich und Birger Gröning auf die Landesliste gewählt.

Wir werden gemeinsam wahlkämpfen. Glückwunsch allen Gewählten!

unser neuer Landesvorstand



Björn Höcke	1. Sprecher
Stefan Möller	2. Sprecher
Tosca Kniese	1. stellv. Sprecherin
Jürgen Pohl	2. stellv. Sprecher
Rene Aust	Beisitzer
Torben Braga	Beisitzer
Dr. Jens Dietrich	Beisitzer
Birgit Noll	Beisitzerin
Robert Sesselmann	Beisitzer
Stefan Schröder	Schatzmeister
Stefan Mäurer	Stellv. Schatzmeister

Bürgerdialog in Schwarz

Am 1. November 2018 informierten mein Thüringer Fraktionskollege Dr. Robby Schlund und ich in Rudolstadt-Schwarz über unsere Arbeit im Bundestag.

Mehr als 70 Gäste fanden den Weg in das Sportlerheim, um mit uns über die aktuelle politische Lage zu diskutieren. Zu Beginn gab ich den obligatorischen Überblick über die Mitglieder der Landesgruppe und deren Arbeit in den Ausschüssen.

Insbesondere über meine Arbeit im Haushaltsausschuss, als Berichtserstatter für die Einzelpläne Inneres, Bau und Heimat, Verkehr & Digitale



Infrastruktur, Bildung & Forschung und Bundeskanzleramt, konnte ich den interessierten Bürgern einen tieferen Einblick in die Materie verschaffen. Natürlich wird unsere Kritik an einzelnen Posten im Haushalt zurückgewiesen. Es ist jedoch bezeichnend, dass unsere Anträge zurückgewiesen werden, um dann in mehreren Fällen inhaltlich ähnlich als Anträge der Koalition aufzutauchen – AfD wirkt kann ich da nur feststellen!

Dr. Robby Schlund zeigte die Schiefelage in der aktuellen Gesundheitspolitik auf: „Budgetierung, überbordende Bürokratie und die Umstellung auf Fallpauschalen (DRG-System) führten dazu, dass der Mensch nicht mehr im Mittelpunkt steht. Das gilt sowohl für den Patienten, als auch für die Pfleger und Ärzte - ohne einen Systemwechsel können wir aus dem Teufelskreis nicht ausbrechen!“

Einen großen Raum nahm auch die Arbeit der Deutsch-Russischen-Parlamentariergruppe ein, dessen



Vorsitzender Dr. Schlund ist.

In diesem Zusammenhang verdeutlichte er die Gefahren, welche sich durch die Kündigung des INF-Vertrages für Europa ergeben: „Das wird zu einer Nuklearisierung von Europa führen. Kleine taktische Nuklearwaffen – mini Nukes – werden die Einsatzschwelle deutlich herabsetzen. Das kann nicht im Interesse Europas sein.“

Im Anschluss gab es eine längere, offene Fragerunde mit uns. Wir danken dem Wirt des Sportlerheims für die perfekte Gastfreundschaft und das angenehme Ambiente!

AfD Haushälter stimmen gegen ausufernde Förderung von als Kulturschaffende getarnte Linksextremisten

In der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses für den Haushalt 2019 setzte die Koalition noch Änderungsanträge im Einzelhaushalt der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien durch.

Es ist angesichts der Werke, die derzeit einige vom Bund alimentierten Kulturschaffende abliefern, ein Armutszeugnis für das Land der Dichter und Denker. Ich denke da nur an Musikgruppen, die ihr links-extremistisches Gedankengut bei zahlreichen Konzerten der Öffentlichkeit zumuten und auch noch im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk beitragsfinanziert protegert werden.

Die AfD-Bundestagsfraktion hat daher Anträge zur Mittelerhöhung für die Filmförderung und millionenschwere Zuschüsse für zweifelhafte Einrichtungen und Initiativen entschieden abgelehnt.

Wie uns als AfD am deutschen Kulturgut gelegen ist, zeigt unsere

Unterstützung bei Substanzerhaltung und Restaurierung von Kulturdenkmälern von nationaler Bedeutung und des schriftlichen Kulturgutes.

Wichtig ist mir dabei zudem die finanzielle Ausstattung für die neue Stiftung Mitteldeutscher Schlösser und Gärten.



15. November 2018 — Besuch der Klassikstiftung in Weimar

Auf dem Besuchsprogramm unserer Landesgruppe standen die Baustelle „bauhaus museum“, die Herzogin Anna Amalia Bibliothek, das Stadtschloss und ein Gespräch mit dem Präsidenten der Klassik Stiftung Weimar.

Die Gesamtinstandsetzung des Stadtschlusses geht in diesem Jahr in eine zentrale Phase und es ist daher komplett für den Publikumsverkehr geschlossen.

Als zuständiger Berichterstatter der AfD-Bundestagsfraktion für den Bereich Kultur und Medien setze ich mich

für eine nahtlose Anschlussfinanzierung ein, da die Restaurierung des Stadtschlusses mit der aktuellen Finanzierung erst zur Hälfte möglich ist.

Wir danken dem Präsidenten der Klassikstiftung und seinen Mitarbeitern für die fachkundigen Führungen und die sehr angenehme Atmosphäre.



Meine Rede im Bundestag vom 20. November 2018 — Thema: Innere Sicherheit

Die Beratungen zum Bundeshaushalt 2019 sind vorüber. Aus Sicht der Alternative für Deutschland ist das Ergebnis nicht zufriedenstellend. Insgesamt lehnt die AfD den vorgelegten Haushaltsentwurf ab.

Mit der Einrichtung der Abteilung Heimat wollte die Regierung über Begriffe wie Zusammenhalt, Zusammengehörigkeit und Heimat neu nachdenken. Das tatsächlich entstandene Bild ist jedoch ein Desaster. Andauernder Streit über Ankerzentren, Zurückweisungen an den Grenzen und Beförderungen oder Ruhestand waren die öffentliche Wahrnehmung.

Bundesinnenminister Seehofer bezeichnet die Ausstattung der Bundespolizei als auskömmlich. Zwar steigen die Ausgaben für 2019 um weitere 800 Millionen Euro auf fast 16 Milliarden Euro an. Aber die Prioritäten bei den Haushaltsausgaben müssen richtig gesetzt werden.

Das heißt für uns, unsere Sicherheitskräfte im Polizeibereich schon heute zu entlasten und nicht erst mittelfristig. Die derzeitige Personalsituation bei unserer Bundespolizei bleibt weiterhin nicht auskömmlich und die Überstundenbelastung bleibt hoch. Ging die Kriminalstatistik 2017 noch von sinkenden Straftaten aus, zeichnet sich bereits heute für 2018 ein anderes Bild.



Wir haben mehrfach auf die anhaltend hohe Gefährdungslage hingewiesen. Dennoch geht die Einführung der neuen modularen Schutzweste zu langsam voran.

Es besteht Mehrbedarf bei der Anschaffung von Einsatzschutzhelmen, Atemschutzmasken, leichtem Körperschutz sowie Einsatzmitteln für die BFE+ Kräfte. Insgesamt Mehrkosten von 26 Millionen Euro.

Es ist unverständlich, dass der körperliche Schutz unserer Beamten und ihre technische Ausstattung nicht stärker gewichtet wird.

Bei der Mittelserhöhung für die Fahrzeugbeschaffung bei den Bereitschaftspolizeien der Länder folgt die Regierung ebenfalls nur halbherzig unserer Forderung. Alles in allem berücksichtigt der größte Bundeshaushalt aller Zeiten die Anforderungen an die Innere Sicherheit unseres Landes nur unzureichend!



Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung: Auch heute waren wir - diesmal in den Abendstunden nach Nachlassen des Regens - wieder unterwegs und haben, hier in der Umgebung von Gotha, den "Migrationspakt stoppen" Flyer in die Postkästen gebracht. Vielen Dank allen tüchtigen Helfern!



01.12.2018 — Infostand zum Migrationspakt



Der Migrationspakt

- wurde von Institutionen ohne demokratische Legitimation initiiert, wie z.B. der UNO und Nichtregierungsorganisationen.
 - schafft illegale Migration durch Gleichstellung mit legaler Migration ab und erzeugt einen noch größeren Wanderungsdruck. Er benennt praktisch nur die Rechte der „Migranten“ und die Pflichten der Zielländer.
 - ist ein verstecktes Umsiedlungsprogramm für Wirtschafts- und Armutsflüchtlinge, da Qualifikationen ohne formalen Nachweis anerkannt werden.
 - ermöglicht allen künftigen Migranten den Zugang zum Sozialsystem, zu dessen Erbringung sie nichts beigetragen haben.
 - statuiert eine Aufnahmepflicht für alle, die behaupten, Opfer des „Klimawandels“ zu sein.
 - bürdet sämtliche mit der Zuwanderung einhergehenden Kosten (z. B. Sozialleistungen, Beratungen, Schulungen jedweder Art, sprachliche Übersetzungen, Rechtsmittel-Einlegung etc.) den Zielländern auf.
 - blendet die möglichen Gefahren für die innere Sicherheit durch Zuwandererkriminalität aus und ignoriert die Probleme bei der Integration von Menschen aus anderen Kulturkreisen.
 - schafft fatale Anreize, minderjährige Familienmitglieder auswandern zu lassen, da diese besondere Bevorzugung beim Familiennachzug erhalten sollen.
 - fordert auf, in den Medien über die Vorteile der Zuwanderung im Sinne einer „Bereicherung der Gesellschaft“ zu „sensibilisieren“ und „falsche“ Berichterstattung zu bestrafen.
 - soll Täterprofilierungen aufgrund der Ethnie oder Religion verhindern.
- (Quelle: <https://www.afd.de/migrationspakt-stoppen/>)



**An alle Arnstädter und interessierte Bürger:
Kommt zur Montagsdemo
am 3. Dezember 2018!**



**Im Anschluss:
Bürgerabend in der "Goldenen Henne"**

Thema: Wende und Migrationspakt
Redner (v.l.n.r.):
Hans-Joachim König, Gründer Stadtecho,
Stephan Brandner, MdB, Olaf Kießling, MdL,
Marcus Bühl, Kreissprecher, MdB

**19 Uhr, Ried 14,
99310 Arnstadt**





**1989
Was für ein
Leben?
2018
Wie wollt Ihr
leben?**

**Treffpunkt am Denkmal
auf dem Holzmarkt um 17.45 Uhr!
Gegen 18.45 Uhr Abendspaziergang
über die Rankestraße zum Riedplatz**

Was passierte in Arnstadt im Herbst 1989?
Wer regierte damals? Wer regiert uns heute?
Wer gefährdet Thüringen und Deutschland?

**Montagsdemo für Meinungsfreiheit,
für Demokratie, für Recht und Gerechtigkeit,
für Sicherheit und Gesetzestreue,
für alte Werte, die noch heute gültig sind.**

*„Der Mut wächst, je größer die Hindernisse sind.“
Adolph Kolping*

Aber nicht nur eine Montagsdemo fand an diesem Abend statt, beim anschließenden Bürgerabend konnten sich die Gäste auch über den Inhalt und die Folgen des Migrationspaktes informieren und wir konnten weitere Möglichkeiten des Protestes gegen den Pakt aufzeigen.

**11. Dezember 2018—
Terroranschlag auf den Straß-
burger Weihnachtsmarkt**

Die Ereignisse am 11.12.18 auf dem Straßburger Weihnachtsmarkt sind zu tiefst zu bedauern und beängstigend zugleich.

Den Opfern und ihren Familien gilt unser aller aufrichtiges Mitgefühl.

Wieder einmal wurde in der Vorweihnachtszeit deutlich, wie hoch die Gefährdungslage eines terroristischen Anschlags ist.

Es ist richtig und wichtig, dass bei der Fahndung nach dem flüchtigen Täter

die Bundespolizei ihre französischen Kollegen in der Grenzregion unterstützte.

Jedoch ist es ebenso wichtig, dass die neue modulare Schutzweste und leichter Körperschutz nunmehr schnell und flächendeckend bei der Bundespolizei eingeführt wird.

Es gilt in dieser Situation nicht zu warten, sondern schnell und konsequent die Gefahr für Leib und Leben für unsere Sicherheitskräfte zu senken.

**Gründung des Ortsverbandes
Emsetal-Waltershausen am
13.12.2018**



Heute war die Gründung des Ortsverbandes Emsetal-Waltershausen. Herzlichen Glückwunsch an den neu gewählten Vorstand (v.l.n.r. Beisitzer Kai-Uwe Arnold, Beisitzer Friedrich Bauer, stellv. Sprecher Rainer Zeiß, Sprecher Wolfgang Bauer). Weitere Gründungen stehen in den Startlöchern, mit dem Ziel, vor dem Superwahljahr die Weichen zu stellen, damit wir gestaltend in die Kommunalpolitik einziehen können. Danke an den Gasthof.

**Weihnachtsfeier in Ilmenau
am 14.12.2018**



Kleine Weihnachtsfeier zum Ausklang des Jahres.

Noch sind wir nicht fertig in 2018, morgen vorweihnachtlicher Frühschoppen in Dachwig, nächste Woche Gründung Stadtverband Gotha und Versammlung in Gräfenroda.



**Gründung des Stadtverbandes
Gotha am 17.12.2018**



Herzlichen Glückwunsch auch von mir an den frisch gewählten Stadtverbandsvorstand der AfD Gotha, 2019 fest im Blick! Danke an unseren Landessprecher Björn Höcke für sein Kommen und danke allen tüchtigen Helfern, die in Gotha stets mit anpacken!



**18.12.2018
Wahlkampfteam Ilmenau**



Noch im alten Jahr trafen sich in Ilmenau Mitglieder und Interessierte, um unter der Leitung von Hans-Joachim Fiedler und meiner Unterstützung den „Fahrplan“ für die Aktivitäten zur Vorbereitung der Kommunalwahl in Ilmenau abzustecken.

Hier ging es um grundsätzliche Standpunkte und daraus ableitend Themen für das Ilmenauer Wahlprogramm,

potentielle Kandidaten für den Stadtrat, erforderliche Kandidatenschulungen und organisatorische Fragen.

Als Bundestagsabgeordneter und Kreissprecher für den ILM-Kreis und Gotha sehe ich am 26. Mai 2019 dem Einzug einer engagierten und kompetenten Ilmenauer AfD-Stadtratsfraktion mit Freude entgegen.

Vierte Berlinfahrt 20. bis 22. Dezember 2018

Im vorweihnachtlich geschmückten Berlin war ich mit meiner in diesem Jahr vierten Besuchergruppe unterwegs.

Um 6 Uhr in Eisenach gestartet, stand nach Ankunft in der Hauptstadt gestern als erstes ein Besuch im Bundesfamilienministerium an. Bereits der kleine Einführungsfilm sorgte für eine lebhaftere Debatte zwischen dem Referenten und meinen Gästen, da in dem Film erkennbar unausgewogen mit dem Thema Extremismus umgegangen wurde. Im späteren Gespräch mit dem

Am zweiten Tag besuchten wir den sogenannten „Tränenpalast“, die ehemalige Ausreisehalle von der DDR nach Westen am Bahnhof Friedrichstraße. Die detailreiche Ausstellung gab erschütternde Einblicke in den DDR-Überwachungsstaat und die Zeit des geteilten Berlins.



hinzugekommenen Referatsleiter Thomas Heppener kristallisierte sich dann auf Nachfragen meiner Besucher u.a. auch heraus, dass Fördermittel im Bereich der Prävention gegen Islamismus und Linksextremismus in deutlich geringerer Höhe abgerufen werden als Fördermittel zur Prävention von Rechtsextremismus. Im weiteren Gesprächsverlauf bot sich den beiden Referenten die Möglichkeit, die Meinungen meiner Besucher in das Minis-

terium mitzunehmen.

Am Nachmittag stand dann eine erste kleinere Rundfahrt durch Berlin unter fachkundiger Kommentierung unserer Berliner Reiseleiterin vom Bundespresseamt an. Etliche meiner Thüringer Gäste nutzten den freien Abend dann für einen Rundgang über den Weihnachtsmarkt am Potsdamer Platz - auf einen Becher Glühwein mit dem Bundestagsabgeordneten.



Am Samstag begrüßte ich meine Gäste herzlich im Bundestag und freute mich auf die zahlreichen Fragen zu unserer bzw. meiner Arbeit, zu der es nach über 1 Jahr AfD-Bundestagsfraktion in Berlin eine Menge zu erzählen gab. Neben der Besuchertribüne konnten wir die Reichstagskuppel besuchen und uns, schon auf der Rückfahrt nach Thüringen befindlich, Schloß Cecilienhof in Potsdam ansehen.

Besuch der AfD-Bundestagsabgeordneten Hohmann und Bühl im Bundeskriminalamt in Wiesbaden am 14.01.2019

Mit meinem Haushaltsausschusskollegen Martin Hohmann aus Hessen tauschte ich mich gestern im Rahmen unseres Besuches im Bundeskriminalamt in Wiesbaden mit mehreren Abteilungsleitern der Bundesbehörde aus.

Dabei ging es, neben der allgegenwärtigen Terrorismusabwehr, vor allem um die zukünftige Ausrichtung des Amtes. Wichtige Themen sind hierbei die Cybersicherheit und die

Umsetzung des Programms "Polizei 2020".

Wir Haushälter unterstrichen die Notwendigkeit einer auskömmlichen Finanzausstattung des BKA zur Stärkung der inneren Sicherheit unseres Landes.

Die Alternative für Deutschland ist ein verlässlicher Partner unserer Sicherheitsbehörden.



16.01.2019 - Kosten für den geplanten Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes sind nicht verhältnismäßig

Das von Bundesminister Helge Braun vorgestellte Konzept zum Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes passt nicht mit dem Grundsatz einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung zusammen. Der Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes soll ca. 460 Millionen Euro kosten und ca. 400 Arbeitsplätzen Platz bieten.

Dazu kann ich als Mitglied des Haushaltsausschusses und Mitberichterstatte für den Einzelplan 04 Bundeskanzleramt sagen: Es ist richtig, dass das Bundeskanzleramt derzeit in Berlin an verschiedenen Standorten verteilt ist und ein einheitlicher Dienstsitz Sinn ergibt.

Jedoch muss diese Zusammenführung auch in einem sparsamen und angemessenen Rahmen stattfinden.

Es ist unseren Bürgern nicht vermittelbar, dass die Schaffung eines Verwaltungsarbeitsplatzes über 1 Million Euro kosten soll. Die Kosten des Erweiterungsbaus würden fast 100 Millionen Euro mehr betragen als der Bau des ursprünglichen Bundeskanzleramtes.

Mir erscheint eine zweite Brücke über die Spree in dem Konzept ebenso verschwenderisch wie die Einrichtung einer 250 Quadratmeter großen Dienstwohnung für zukünftige Bundeskanzler.

Das Bundeskanzleramt ist aufgefordert, das Konzept unter den Gesichtspunkten des Notwendigen und nicht des Wünschenswerten umzuarbeiten.

Außerdem bezweifle ich, dass mit der Beauftragung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung als Bauträger die Kostenobergrenze und die Zeitplanung aus den bisherigen Erfahrungen überhaupt eingehalten werden können.

Kurzum, einen einheitlichen Standort unterstütze ich, aber keinen Prunkbau, wir haben stets sparsam mit den Steuergeldern umzugehen und müssen vielmehr in strategische Infrastruktur investieren.



21.01.2019—Neujahrsklausur des Arbeitskreises Haushalt

Neujahrsklausur des Arbeitskreises Haushalt der AfD-Bundestagsfraktion am Montag in Berlin: An einem inhalts- und arbeitsreichen Tag haben wir das vergangene (Doppelhaushalts-) Jahr nochmals intensiv ausgewertet und für 2019 die Meilensteine abgesteckt.

Vielen Dank an Arbeitskreisleiter Peter Boehringer, an die MdB-Kollegen und unsere eifrigen Mitarbeiter unseres Arbeitskreises, wir hatten ein tolles Jahr 2018!

Willkommen 2019, wir sind vorbereitet.

Jahresauftaktveranstaltung des MDR am 21.01.2019

Für die Landesgruppe besuchten meine Kollegen Dr. Anton Friesen, Jürgen Pohl und ich zusammen mit AfD-Vertretern aus Sachsen und Sachsen-Anhalt die Jahresauftaktveranstaltung des MDR.

Der Titel der Veranstaltung "Es geht um Demokratie" hat natürlich eine gewisse Erwartung geweckt. Im Wesentlichen war es aber eher Eigenwerbung, minimale Spuren von Selbstreflektion waren vielleicht auch dabei.

Die Gesprächsrunde mit Regierungsvertretern aus den drei Bundesländern,

der Intendantin und einem Professor aus der Schweiz, wollte über Demokratie sprechen, ließ aber Vertreter der größten Oppositionspartei Mitteldeutschlands - der AfD - als Diskussionsgäste außen vor. Stattdessen sang diese Runde ein Loblied auf den real existierenden, öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Kritik an der finanziellen Ausgestaltung und der vermeintlich neutralen Be-

richterstattung kam einzig aus Sachsen-Anhalt. Dass es auch bei ARD & ZDF deutliche Ausschläge auf der nach oben offenen Relotiuskala gibt, wurde natürlich nicht thematisiert.

In der Demokratie geht es aber auch um Fakten, um Kritik und den offenen, aber kontroversen Meinungsstreit im positiven Sinne - dieses haben wir leider vermisst.



Tempolimit auf deutschen Autobahnen ist mit der AfD nicht zu machen

Alle Jahre wieder gibt es die Diskussion, ein generelles Tempolimit von 130 km/h auf deutschen Autobahnen einzuführen. In diesem Jahr läuft die Diskussion unter dem Deckmäntelchen des Klimaschutzes.



Wieder einmal versucht der Staat, unter dem Vorwand des Klimaschutzes, die Rechte und Freiheiten der Autofahrer zu beschneiden.

Dabei ist es wissenschaftlich erwiesen, dass eine Einführung eines generellen Tempolimits keinen nennenswerten Einfluss auf die Emissionsbelastungen hat. Davon abgesehen: Gerade einmal 16% der deutschen Autobahnen unterliegen keinen Tempobeschränkungen.

Dass dies so bleibt, ist erklärtes Ziel der AfD-Bundestagsfraktion.

Es muss endlich Schluss sein, alles Mögliche unter dem Deckmantel des Klimaschutzes staatlich zu regulieren.

Lassen Sie uns gemeinsam mehr Freiheit wagen.

Büroeröffnung Brandner und Bürgertisch in Ilmenau am 22.01.19

Doppeltermin am heutigen Abend: Erst um 18 Uhr zur Bürgerbüroeröffnung von Kollege Stephan Brandner in Sömmerda, die Gäste und Gratulanten standen bis in den letzten Winkel des Büros! Alles Gute auch von hier nochmal, lieber Stephan! Und dann fliegender Wechsel zum Bürgerabend unseres Kreisverbandes nach Ilmenau, der bereits ab 19 Uhr lief, mit proppevollem Saal, sodass wir noch weitere Stühle hereintragen mussten. Vielen Dank an alle, die da waren!

So fängt das Jahr gut an.



Gründung die „3“ und „4.“: Ortsverband Geratal und Ge- bietsverband Friedrichroda- Leinatal-Tabarz

Im Januar erfolgten die Gründungen des Ortsverbandes Geratal in Gräfenroda und des Gebietsverbandes Friedrichroda-Leinatal-Bad Tabarz (GV FLT) in Cumbach. Herzlichen Glückwunsch an alle Gewählten und den neuen Vorständen ein gutes Händchen!



GV FLT, v.l.n.r.: Besitzer Fritz Schmidt, stellv. Sprecher Rainer Armor, Sprecher Walter Dawidowicz, Besitzer Thomas Trostmann, Kassenwart Reinhard Uibel

27. 01.2019 - Zum offiziellen Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus



Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrationslager Auschwitz befreit. Seit 1996 ist der Jahrestag der Befreiung offizieller Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus.

In Gedenken daran haben der Kreisschatzmeister unseres Kreisverbandes Ilmkreis-Gotha und Landtagsabgeordnete Olaf Kießling, unser Landtagswahlkandidat Sebastian Thieler und ich ein Blumengesteck im Rahmen der Gedenkstunde am Arnstädter Rufer niedergelegt.

Heute vor 74 Jahren wurden die Gefangenen des KZ Auschwitz-Birkenau befreit. Millionen Juden sind dem NS-Terrorregime zum Opfer gefallen – ein beispielloses Verbrechen und eine Mahnung an alle, geschlossen gegen Antisemitismus vorzugehen und dabei auch den Blick in die Gegenwart zu richten.

Mit großer Sorge ist dabei zu sehen, dass der Antisemitismus durch die Einwanderungskrise wieder auf dem Vormarsch ist. Wenn in Berlin muslimische Migranten auf antisemitischen Demonstrationen jüdenfeindliche Parolen skandieren, muss das Ganze in der breiten Öffentlichkeit thematisiert und verurteilt werden.

Ein Bundestagsmandat für vier Tage bei „Jugend und Parlament“

Auch in diesem Jahr habe ich die Möglichkeit, einen Teilnehmer aus meinem Thüringer Wahlkreis Gotha – Ilm-Kreis für die Veranstaltung Jugend und Parlament zu benennen.

Im vorigen Jahr konnte bereits eine junge Teilnehmerin gemeinsam mit über 333 anderen Jugendlichen zwischen **17 und 20 Jahren** Berliner Luft schnuppern und Politik hautnah miterleben.

Wer es geschafft hat, einen der begehrten Teilnehmerplätze zu ergattern, den erwarteten spannende Tage. Am ersten Tag bekamen die Teilnehmer eine neue Identität – Name, Lebenslauf, Partei und eine politische Ausrichtung werden ihnen zugewiesen.

Sie wurden entweder Abgeordneter der Bürgerlichen Bewahrungspartei, der Partei für Gerechtigkeit und Solidarität oder der Partei für Engagement und Verantwortung. Ob den Spiel-Politikern die politische Richtung gefiel oder nicht – jetzt hieß es: The show must go on.

Ihr möchtet einmal selbst in die Rolle eines Bundestagsabgeordneten schlüpfen, in den Ausschüssen Deutschland mitgestalten und im Plenarsaal des Deutschen Bundestages mit anderen Jungparlamentariern diskutieren?

Dann bewirbt Euch bei mir für das Planspiel Jugend und Parlament 2019!

Bitte übersendet mir Eure Bewerbungsunterlagen mit einem Motivationsschreiben und Eurem Lebenslauf per Mail an:
marcus.buehl@bundestag.de.



Ich freue mich auf zahlreiche Bewerbungen und bin gespannt, wer **vom 01. bis 04. Juni 2019** als junger Parlamentarier für meine Heimat Thüringen am Planspiel Jugend und Parlament teilnehmen wird.

Die Parlamentssimulation "Jugend und Parlament" ist übrigens eine Variante des Planspiels "Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren". Das bietet der Besucherdienst des Deutschen Bundestages insbesondere für Schulklassen ab der zehnten Jahrgangsstufe an. Bei Interesse gerne bei mir melden.

Berlinfahrten 2019

Liebe Thüringer, auch in diesem Jahr lade ich Sie wieder zu Informationsreisen zum Kennenlernen des politischen Berlins ein.

Sie erwartet ein umfangreiches Programm, u.a. ein Besuch im Deutschen Bundestag mit anschließendem Gespräch mit mir, ein Besuch in einem Bundesministerium, Stadtrundfahrt (Reisekosten, Übernachtung im Doppelzimmer und Verpflegung sind inklusive).

Wie 2018 werde ich auch in diesem Jahr voraussichtlich wieder alle Reisen persönlich begleiten, ich stehe Ihnen somit jederzeit für ein persönliches Gespräch zur Verfügung.

Die Anmeldeformulare, gerne auch für Vereine, erhalten Sie auf Anfrage unter: marcus.buehl.wk@bundestag.de.

Bei Fragen zu den Fahrten steht Ihnen meine Mitarbeiterin Kerstin Schmalz gerne zur Verfügung. Sie ist telefonisch

Montag bis Freitag von 11 bis 19 Uhr zu erreichen: 03621/3502993.

In meinen Bürgerbüros in Gotha (Siebleber Straße 2) und Ilmenau (Am Vogelherd 10) liegen Anmeldeformulare aus.

Besuchen Sie 2019 für 3 Tage das politische Berlin mit mir!

25.-27. April
Start in Gotha

30. Mai-01. Juni
Start in Arnstadt

08.-10. August
Start in Ilmenau

03.-05. Oktober
Start in Eisenach

Interesse?
03621/3502993
marcus.buehl.wk@bundestag.de

Marcus Bühl, MdB
<http://marcus-buehl.de>

Alternative für Deutschland

Als Nächstes steht unsere Aprilfahrt an.

Melden Sie sich gerne jetzt an!



01



02



03

1. Infostand in Ilmenau
2. Podiumsdiskussion Tourismus Suhl
3. Wahlkampfhilfe im Main-Kinzig-Kreis
4. Oktoberfest Anger Erfurt
5. Delegierte Europawahlversammlung
6. Sitzungsende in Berlin 5 Uhr früh
7. Politischer Notdienst im Einsatz
8. Bürgerabend Tüttleben
9. Bürgerabend 15.12.2018 Dachwig



04



05



07



06



08



09

		8					6	
	6			3		4		7
	7		6			8	2	5
				7		2	5	
2		5	8	6	3	1		4
	8	4		1				
8	1	9			6		3	
5		6		2			8	
	2					5		

SUDOKU - DIE REGELN
 Ein **Sudoku** besteht aus 9 x 9 Feldern, die zusätzlich in 3 x 3 Blöcken mit 3 x 3 Feldern aufgeteilt sind.
Jede Zeile, Spalte und Block enthält alle Zahlen von 1 bis 9 jeweils genau einmal.
 In ein paar der Felder sind bereits Zahlen vorgegeben.
 Bei einem Sudoku darf es nur eine mögliche Lösung geben, und diese muss rein logisch gefunden werden können!

Lösung:

6	4	5	9	8	1	7	2	3
1	8	7	9	2	3	6	4	5
2	3	7	6	5	4	1	9	8
3	9	6	1	5	2	4	8	7
4	7	3	1	6	8	5	9	2
8	2	5	4	7	9	1	3	6
5	8	2	5	9	1	3	7	4
7	4	1	8	6	9	5	2	3
9	1	7	3	8	5	2	6	4
9	6	3	2	4	8	7	5	1

Ein spannendes Jahr wartet auf uns!

Packen wir es an!

Kontakt:

Wahlkreisbüro Gotha

Siebleber Straße 2 - 99867 Gotha
 Tel. 03621-3502 993 Fax 03621-3502 699
 Email: marcus.buehl.wk@bundestag.de

Sprechzeiten:
 Dienstag bis Donnerstag
 von 11:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Wahlkreisbüro Ilmenau

Am Vogelherd 10 - 98693 Ilmenau
 Tel. 03677-811 9495 Fax 03677-811 9864
 Email: marcus.buehl.wk@bundestag.de

Sprechzeiten:
 Dienstag bis Donnerstag
 von 11:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Marcus Bühl im Netz:

www.marcus-buehl.de
 www.facebook.com/marcus.buehl.afd
 https://twitter.com/marcus_buehl

Bildnachweis: Privat, Pixabay